

PRESSEINFORMATION

Erfurt, den 22.07.2009

LINKE lädt ein zur Anhörung zum neuen Kommunalabgabengesetz

„Da die CDU eine öffentliche Diskussion über das neue Kommunalabgabengesetz verweigert, wird die Fraktion DIE LINKE am Montag, den 27. Juli, 17.00 Uhr, im Thüringer Landtag (Raum 101) eine mündliche Anhörung durchführen“, kündigt der kommunalpolitische Sprecher, Frank Kuschel, an.

Hintergrund sind die von der CDU geplanten Änderungen beim Abwasser. Bevor am 7. August der neue Gesetzentwurf im Landtag beschlossen werden soll, ist eine Anhörung im Rahmen des parlamentarischen Verfahrens vorgeschrieben. Bei brisanten Themen ist es üblich, innerhalb einer mündlichen Diskussion den Dialog zwischen Abgeordneten, der Landesregierung und den Sachverständigen zu führen. „Die CDU hat eine öffentliche Anhörung verhindert. Sachverständige und Betroffene konnten sich nur schriftlich zum Gesetzentwurf äußern“, kritisiert Frank Kuschel. Damit sei ein Dialog zu den strittigen Rechts- und Finanzierungsfragen ausgeschlossen und die Öffentlichkeit erhalte kaum Informationen.

Zur öffentlichen Anhörung am Montag sind neben den Sachverständigen, der Landesregierung und den Vertretern der anderen Fraktionen vor allem Interessierte Bürgerinnen und Bürger eingeladen.

Neben der schrittweisen Abschaffung der Abwasserbeiträge hat DIE LINKE in ihren Änderungsanträgen zum CDU-Gesetzentwurf auch ihre Vorstellungen zum Bereich der Straßenausbaubeiträge thematisiert. „Bei der Erhebung von Straßenausbaubeiträgen müssen für Thüringen zumindest die sächsischen Regelungen gelten, wonach Gemeinden selbst entscheiden können, ob und in welcher Höhe sie Beiträge erheben. Als mittelfristiges Ziel bleibt die Abschaffung der Straßenausbaubeiträge bei Ersatz der Einnahmeausfälle für die Gemeinden“, so Kuschel abschließend.